



Rechtsausschuss

83. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

29. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 15:46 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

11

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnung wie vom Minister gewünscht um einen Bericht der Landesregierung als Tagesordnungspunkt 1 zu erweitern.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Sitzung zu unterbrechen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnung entsprechend zu ändern.

¹ vertraulicher Teil siehe vAPr 17/46

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

hier: Einzelplan 04 (Justiz)
hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)

Vorlage 17/5521 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5522 (Erläuterungsband)

- Einbringung durch den Minister der Justiz (Einzelplan 04)
- Einbringung durch die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs (Einzelplan 16)

in Verbindung mit:

Haushalts-Ist zum Einzelplan 04 zum 31.08.2021

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5769

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 Cum-Ex-Skandal 24

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

3 Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen 40

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12059

Schriftliche Anhörung des Rechtsausschusses
Stellungnahme 17/4167
Stellungnahme 17/4221

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW –VersGEinfG NRW) 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12423

Ausschussprotokoll 17/1406 (*Anhörung am 06.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

5 Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes – LRiStaG 42

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13063

Schriftliche Anhörung des Rechtsausschusses

Stellungnahme 17/4138

Stellungnahme 17/4186

Stellungnahme 17/4201

Stellungnahme 17/4202

Stellungnahme 17/4224

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 6 bis 11 sowie 13 bis 25 heute nicht zu behandeln.

6 Herausforderungen in der Justiz begegnen: Nachwuchskräfte im Referendariat fördern, Digitalisierung vorantreiben, Rechtsstaat weiter stärken. 44

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/13080

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/15269

Schriftliche Anhörung des Rechtsausschusses

Stellungnahme 17/4029

Stellungnahme 17/4030

Stellungnahme 17/4031

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– wird nicht behandelt

7 Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 45

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 17/13357

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/15268

Ausschussprotokoll 17/1471

Schriftliche Anhörung des Rechtsausschusses

Stellungnahme 17/4023

Stellungnahme 17/4024

Stellungnahme 17/4033

Stellungnahme 17/4036

Stellungnahme 17/4039

Stellungnahme 17/4041

Stellungnahme 17/4043

Stellungnahme 17/4044

Stellungnahme 17/4055

Stellungnahme 17/4056

Stellungnahme 17/4057

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– wird nicht behandelt

8 Bachelor für Jurastudierende ermöglichen – weil sie es wert sind! 46

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14936

in Verbindung mit:

Bachelor für Jurastudenten

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4543

Ausschussprotokoll 17/1469

– Verfahrensabsprache und Auswertung der Anhörung

– wird nicht behandelt

9 Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG –) 47

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13799

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– wird nicht behandelt

10 Epidemische Lage unter falschen Voraussetzungen – Was wusste Ministerpräsident Laschet? 48

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14269

– Verfahrensabsprache

– wird nicht behandelt

11 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) – 49

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

- Verfahrensabsprache
- wird nicht behandelt

12 Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes**50**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15266

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände und die Schiedsleute zu benennen.

13 Tod eines Inhaftierten im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg durch Nahrungs- und Flüssigkeitskarenz**51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5429
Vorlage 17/5568

Vertrauliche Vorlage 17/180
Vertrauliche Vorlage 17/181
Vertrauliche Vorlage 17/187

in Verbindung mit:

Tod eines Inhaftierten durch Verhungern (lassen)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5586

- wird nicht behandelt

- 14 Abrechnungsbetrug bei Corona-Tests 52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5365
Vorlage 17/5770
Vorlage 17/177
Vorlage 17/191
- wird nicht behandelt
- 15 Hat die Regierung Wort gehalten? 53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5593
- wird nicht behandelt
- 16 Corona in der Justiz 54**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5771
- wird nicht behandelt
- 17 Clan-Villa in Leverkusen 55**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5772
- wird nicht behandelt
- 18 Wie viele Haftbefehle und rechtskräftiger Urteile mit Haftstrafen sind in Nordrhein-Westfalen nicht vollstreckt? 56**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5773
- wird nicht behandelt

19 Unbesetzte Stellen – Stellenbesetzung in der Justiz zum 31.08.2021 57

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5774

– wird nicht behandelt

20 Befristete Stellen in der Justiz 58

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5775

– wird nicht behandelt

21 Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom Oktober 2017 zur Entlastung der Polizei und Justiz 59

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5776

– wird nicht behandelt

22 Streichung der Pflegezulage? 60

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5777

– wird nicht behandelt

23 Fortbildungsangebot Justiz NRW 61

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5780

– wird nicht behandelt

24 Fortbildungen zum Thema kindgerechte Vernehmungen und Anhörungen 62

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5781

– wird nicht behandelt

25 Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit 63

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5782

– wird nicht behandelt

26 Verschiedenes 64

Der Ausschuss beschließt einstimmig, seine Beratung in vertraulicher Sitzung fortzusetzen.

* * *

12 Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15266

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 08.09.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Rechtsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Hauptausschuss überwiesen.)

Sven Wolf (SPD) regt die schriftliche Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und der Schiedsleute an.

Angela Erwin (CDU) schlägt vor, mit Blick auf die anstehende Plenarberatung ein Votum abzugeben. Der Gesetzentwurf stelle eine Attraktivitätsoffensive für das seit Jahrzehnten bewährte Schiedsamt dar. Unnötige bürokratische Hürden für die Bürgerinnen und Bürger würden abgebaut und das Verfahren vereinfacht.

Sven Wolf (SPD) stellt klar, er habe eine schriftliche Anhörung beantragt.

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände und die Schiedsleute zu benennen.

